

Sitzung vom 15. April 2015

**378. Anfrage (Personalentwicklung in der kantonalen Verwaltung
von 2010 bis Budget 2015)**

Kantonsrätin Margrit Haller-Traber, Kilchberg, hat am 26. Januar 2015 folgende Anfrage eingereicht:

Der Personalaufwand steigt jährlich an. Im KEF wird jeweils der geplante Beschäftigungsumfang ausgewiesen, nicht aber der Stellenplan. Der Personalbestand ist ein wichtiger Indikator für die Aufwandsteigerung jedes Unternehmens. Gestützt auf die Anfrage KR-Nr. 345/2009 wird der Regierungsrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten und die Antworten im gleichen Rahmen wie in erwähnter Anfrage aufzulisten.

1. Wie entwickelten sich der Stellenplan und der Beschäftigungsumfang in jeder Leistungsgruppe von 2010 bis Plan/Budget 2015? Die Zahlen bitte in tabellarischer Form aufführen. Dabei soll ausgewiesen werden, falls in einzelnen Leistungsgruppen Aufgaben neu übernommen oder abgegeben, aufgegeben oder reduziert wurden und welche personellen Auswirkungen diese Veränderungen auf Stellenplan und Beschäftigungsumfang nach sich zogen.
2. Welche Aufgaben, Fachgruppen, Ämter etc. wurden/werden in dieser Periode von einer Leistungsgruppe in eine andere verschoben? Um wie viele Stellen (Stellenplan und Beschäftigungsaufwand) handelte es sich jeweils? Falls eine Differenz zwischen Abnahme in der einen und Zunahme in der anderen Leistungsgruppe besteht: Was sind die Gründe dafür?

Auf Antrag der Finanzdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Margrit Haller-Traber, Kilchberg, wird wie folgt beantwortet:

Zu Fragen 1 und 2:

Wie bereits in der Beantwortung der Anfrage KR-Nr. 345/2009 betreffend Personalentwicklung bei der kantonalen Verwaltung dargelegt wurde, werden mit dem Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) gemäss § 9 des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung (CRG, LS 611) jährlich die zu erzielenden Wirkungen, die zu erbringen-

den Leistungen sowie deren Finanzierung festgelegt. Dazu sind unter anderem nach den Richtlinien und Konventionen KEF in den Leistungsgruppen die Personalstellen (Beschäftigungsumfang) aufzuführen. Darunter ist die tatsächlich geplante Beschäftigung während des jeweiligen Planjahres pro Leistungsgruppe zu verstehen. Beim Ausweis des Beschäftigungsumfanges (BU) sind sämtliche Anstellungsverhältnisse zu berücksichtigen mit Ausnahme von Lernenden sowie Praktikantinnen und Praktikanten. Es werden z. B. auch befristete Stellen und Aushilfen in die Berechnung mit einbezogen. Der Ausweis des BU ermöglicht einen direkten Vergleich mit der Entwicklung des Personalaufwandes.

Gemäss § 3 Abs. 1 der Vollzugsverordnung zum Personalgesetz (VVO, LS 177.111) ist der Stellenplan in der Regel pro Amt festzusetzen. Im Stellenplan erfolgt die Festlegung des Soll-Personalbestandes, der als massgebende Grösse zur Erbringung des Leistungsauftrages eines Amtes gilt. Für eine befristete Zeit können jedoch auch Stellen ausserhalb des Stellenplans geführt werden wie z. B. Aushilfen (§ 161 Abs. 1 VVO). Umgekehrt kann, auch bei voller Ausnutzung des Stellenplans, aufgrund der natürlichen Fluktuation der tatsächliche BU vom geplanten abweichen.

Entsprechend diesen Ausführungen wird in der nachfolgenden Tabelle ausschliesslich auf die Veränderungen des BU in den Jahren 2010 bis 2015 pro Leistungsgruppe eingegangen. Die Werte des BU im Jahr 2010 wurden dem Geschäftsbericht 2010 entnommen, für die Zahlen 2015 diente das Planjahr 2014 des KEF 2015–2018 als Grundlage. Die Werte sind auf ganze Zahlen gerundet. Die budgetierten Abweichungen werden in der letzten Spalte begründet. Die BU-Veränderungen bei komplexen Reorganisationen oder bei Verschiebungen von Aufgaben in andere Leistungsgruppen werden teilweise summarisch begründet oder es werden nur die für die Leistungsgruppe wichtigsten BU-Veränderungen ausgewiesen.

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU R 2010	BU Budget 2015	Abw.	Begründung
1	Regierungsrat und Staatskanzlei		72	57	-15	Reduktion des Beschäftigungsumfangs um 0,75 Stellen bei der Kommunikationsabteilung und um 1,0 Stellen im Bereich Leitung & Dienste. Abbau von 2,9 Stellen in der Rekursabteilung und Übertragung von weiteren 13,0 Stellen aus der Rekursabteilung der Staatskanzlei an die Rekursabteilung der Sicherheitsdirektion. Übertragung von 1,0 Informatikstellen an die Baudirektion. Erweiterung des Beschäftigungsumfangs bei der Stabsstelle E-Government um 2,6 Stellen und um 1,0 Stellen im Bereich Koordination Aussenbeziehungen.
2	Direktion der Justiz und des Innern		1552	1662	110	
	2201	Generalsekretariat JI: Führungsunterstützung / zentrale Dienste	57	65	8	Eine Stelle für P.J.Z. sieben Stellen für umfangreiche Informatikprojekte (u.a. RIS2). Im Weiteren wurden im GB 2010, 1600 und im KEF 2015-2018 für das Jahr 2015 1850 betreute PC-Arbeitsplätze ausgewiesen, dies dank Übernahme von Dienstleistungen für das Verwaltungsgericht und der Übernahme der Stathalterämter. Zudem verblieben die Dienstleistungen für das BVS, das Steuer- und das Baurekursgericht bei der JI.
	2204	Strafverfolgung Erwachsene	321	346	26	Hohe Fallbelastungen, das Projekt «Para-WK-Fall-Coaching» und eine verbesserte Kriminalitätsbekämpfung im Bereich Borsendelikte führten zu einer Aufstockung bei der Wirtschaftsstaaatsanwaltschaft. Gründe für die Aufstockung bei den anderen Staatsanwaltschaften waren zum einen die Auflösung der allgemeinen Staatsanwaltschaft Andelfingen und die Übernahme deren Fälle, die Einführung flexibler Joker-Staatsanwälte (inkl. Sekretariatsstellen) sowie zusätzlicher kaufm. Assistenz-Staatsanwälte, um die weiterhin hohe Geschäftslast bewältigen und die hohen Zeilguthaben abbauen zu können. Im Weiteren wurden Spezialistenfunktionen (Staatsanwälte für Arztfälle, Vermögensschiebung, Versicherungsbetrug und Vermögens-einziehung) geschaffen. Die gestiegene Arbeitsbelastung auf den Amtsstellen resultiert aus den gestiegenen Fallzahlen und dem Mehraufwand aufgrund der geänderten Strafprozessordnung.
Jl	2205	Jugendstrafrechtspflege	80	81	1	Für das Jahr 2015 wurden 81 Stellen entsprechend dem Stellenplan budgetiert. Der Stellenplan wurde 2013 von 84,6 auf 81,3 Stellen reduziert; Die 3,3 Stellen wurden aus dem Stellenplan Jugendstrafrechtspflege in den Stellenplan der Strafverfolgung Erwachsene verschoben. Der tatsächlich tiefe durchschnittliche Personalbestand der vergangenen Jahre ist auf die zurückhaltende Besetzung vakanter Stellen zurückzuführen.
	2206	Amt für Justizvollzug	787	839	52	Zwischen 2010 und 2015 wurden 28 zusätzlichen Stellen geschaffen (Budget 2010: 811 Stellen). Diese setzen sich wie folgt zusammen: JUV AL: Electronic Monitoring (EM); Einführung im Kt, ZH (2 Stellen); MZU; Neubau MZU; Aufstockung Insassenbestand, neues Betriebskonzept (15 Stellen); BVD; Zusätzliche Stellen für Risikoorientierter Sanktionsvollzug (ROS) (7 Stellen); JVA POW: Ablösung externe Catering-Firma. Manteleinlieferungen an drei Gefängnisse neu über JVA Pöschwies (2 Stellen); UGZ; Polizei- und Justizzentrum (PJZ) Planungsstelle (1 Stelle); VEZ: Hauptabteilungsleiter infolge Reorganisation (1 Stelle). Die Abweichung von 24 Stellen von Budget 2010 zu Rechnung 2010 entstand durch natürliche Fluktuation sowie im BU 2010 nicht enthaltenen Ausbildungsstellen.
	2207	Gemeindeamt	58	55	-3	Die BU-Zunahmen sind durch die Übernahme von neuen Aufgaben zu erklären (KESR, nGG; Umsetzung neuer Finanzausgleich usw.). Die BU-Abnahmen erklären sich durch Vakanten und Auftragsrückgang in der Abteilung Revisionsdienste, dem durch Nichtbesetzung von offenen Stellen begegnet wurde.
	2221	Handelsregisteramt	57	58	1	Schaffung einer Auditorenstelle.

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU R 2010	BU Budget 2015	Abw.	Begründung
JI	2223	Statistisches Amt	28	30	2	Eine zusätzliche befristete Stelle zur Bewältigung der Arbeiten im Wahljahr. Ausschöpfung des genehmigten Stellenplans.
	2224	Staatsarchiv	40	56	16	BU-Zunahme bedingt durch Unterdotierung im Kerngeschäft (9,5 Stellen; vgl. RRB Nr. 1486/2010), durch Schaffung von je 2 Lehrstellen Printmedienverarbeiter/in EFZ und Fachperson Information und Dokumentation EFZ (Ausbildungsauftrag, Anstellung durch Staatsarchiv und dadurch im BU ausgewiesen), durch Schaffung von befristeten Stellen für a) studentische Mitarbeiter/innen (1,2 Stellen), b) das Pilotprojekt «Integrierte Informationsverwaltung Gemeinden» (Finanzierung durch Gemeinden, 1,9 Stellen), c) das Projekt «Elektronische Edition der Offiziellen Gesetzessammlung» (Drittmittelfinanzierung durch den Lotteriefonds, 0,8 Stellen).
	2225	Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungen	19	0	-19	Versetzungsanstellung per 1. Juli 2013.
	2232	Fachstelle Opferhilfe	7	6	-1	Befristete Stelle ist ausgelaufen.
	2233	Fachstelle für Gleichstellung	5	3	-2	Auslaufen befristeter Stellen.
	2234	Fachstelle Kultur	6	8	2	Verschiebung von zwei Stellen von Steuerrekurskommission zur FS Kultur per 1. Januar 2011.
	2241	Kantonale Fachstelle für Integrationsfragen	6	9	3	Für die Vorbereitung/Erarbeitung und Umsetzung des kantonalen Integrationsprogramms (KIP) wurden zusätzliche 2,5 Stellen benötigt. Der Bund finanziert die Stellen zu 50%.
	2251	Bezirksräte	39	37	-2	Verschiebung von Stellen zu den Statthalterämtern infolge neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts und damit verbundener Entlastung der BRK (RRB Nr. 1106/2012).
	2261	Statthalterämter	0	68	68	Per 1. Januar 2012 von der DS zur JI gewechselt; Mehraufwand und neue Zuständigkeiten infolge neuer Strafprozessordnung (u.a. Überleitungsstrafrecht) (RRB Nr. 1106/2012).
	2262	Baurekurskommission	28	0	-28	Per 1. Januar 2011 den Gerichten angegliedert.
3 Sicherheitsdirektion			4097	4446	349	
DS	3000	Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung	65	91	26	Die Einführung von biometrischen Pässen sowie die Zusammenlegung der Ausstellungsverfahren erforderten ab 2010 zusätzliches Personal. Dieser finanzielle Mehraufwand im Passbüro wurde und wird durch den Gebührenertrag gedeckt. Ab Mitte 2010 erfolgte zudem die Übernahme von Mitarbeitenden der ehemaligen Rekursabteilung der Staatskanzlei.
	3100	Kantonspolizei	3180	3485	305	Insgesamt rund 150 zusätzliche Stellen für Zivilangestellte (zum grössten Teil Sicherheitsassistenten) wurden geschaffen, um Korpasangehörige von Grenzkontroll-, Gefangenenumhandlung- und anderen polizeilich sekundären Aufgaben zu entlasten und vermehrt für die Kernaufgaben der Polizei einzusetzen. Schlussendlich konnten kontinuierlich bisher unbesetzte Stellen für Korpasangehörige bis zum Erreichen des Korpssollbestandes Anfang 2015 besetzt werden.

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU R 2010	BU Budget 2015	Abw.	Begründung
DS	3200	Strassenverkehrsamt	345	378	33	Gestützt auf EU-Recht und Bundesrecht (SVG) sind bezüglich Sicherheit im Strassenverkehr Auflagen zu erfüllen. Namentlich mit dem Gesetzgebungspaket «VIA SICUR» kamen und kommen neue Aufgaben auf die Administrationsmassnahmebehörden zu, welche die Neuschaffung von gebührenfinanzierten Stellen erfordert (saldoneutral). Weitere gebührenfinanzierte Stellen wurden infolge Erweiterung der Prükapazität gemäss Bundesvorgaben (Prüfungsintervalle) sowie die Schaffung der neuen Prüfstelle in Bulach besetzt (saldoneutral).
	3300	Migrationsamt	147	162	15	Die gestaffelte Besetzung neuer Stellen 2010 (u.a. wegen der Einführung des biometrischen Ausländerausweises) wurde erst im Beschäftigungsumfang ab 2011 zu 100% wirksam. 12 der für zusätzliche Aufgaben bewilligten 15 Stellen können durch die Gebührensätze gedeckt werden (saldoneutral).
	3400	Amt für Militär und Zivilschutz	130	135	5	Es wurden zwei zusätzliche Zivilschutz-Instrukturen (höherer Bedarf an Zivilschutz-Pionieren anstelle von Betreuern für Zivilschutzorganisation Zürich verbunden mit höherem Ausbildungsaufwand) sowie ein Ersatz des vakanten Projektkoordinators angestellt. Weiter wurde u.a. die vakante Stelle des Chefs Zivilschutz wiederbesetzt.
	3500	Sozialamt	170	182	12	Mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung wurden die Kantone verpflichtet, Aufgaben im Bereich der Eingliederung von invaliden Menschen zu übernehmen. In der Folge mussten die für die Umsetzung notwendigen Stellen geschaffen werden. Zudem wurden zwei Stellen für die Aufgabenerfüllung im Bereich der interinstitutionellen Zusammenarbeit geschaffen sowie Stellen von der Gesundheitsdirektion und dem Generalsekretariat der Sicherheitsdirektion übernommen. Weiter wurden zwei Stellen für die Rückkehrberatung im Testverfahrenszentrum und Flughafengefängnis geschaffen, die insgesamt für den Kanton Zürich kostenneutral sind (u.a. vom Bund finanziert).
4 Finanzdirektion	3600	Statthalterämter	60	0	-60	Die Zuständigkeit für die Statthalterämter wurde mit RRB Nr. 766/2011 an die Direktion der Justiz und des Innern übertragen.
	3700	Sportamt	0	13	13	Mit RRB Nr. 480/2012 wurde die bisherige Fachstelle Sport aus der Leistungsgruppe Nr. 3000 herausgelöst und per 1. Januar 2013 ein Sportamt gebildet.
			837	904	67	
						+1.0 Saldoneutraler Übertritt des Informalkommissariats FD vom Steueramt (-1.0). +1.0 Saldoneutraler Übertritt des Direktionscontrollers von der Finanzverwaltung (-0.5) / kmz (-0.5).
	4000	Generalsekretariat	11	14	3	+0.5 Beim Lotteriefonds wurde eine Juristin angestellt (+0.6), die Aufwendungen werden durch den Lotteriefonds getragen. Diese Steigerung wurde durch die Arbeitszeitreduktion einer Juristin des Rechtdienstes im GS allerdings wieder geringfügig kompensiert.
						Finanzverwaltung gesamt: -9.3 Stellen, die fast vollständig weiterverrechnet werden. -3.5 Stellen für die Zürcher Fachhochschulen, die vollständig weiterverrechnet und von den Fachhochschulen kompensiert werden (Angaben der Zürcher Fachhochschulen). -8.8 Stellen, die aus anderen Verwaltungseinheiten verschoben wurden.
FD	4100	Finanzverwaltung	47	68	22	Kompetenzzentrum SAP (CC SAP): +3.0 neue Stellen für den Support und die Wartung des PULS-ZH im 2011. +3.0 neue Stellen im 2011 für den Support neuer SAP-Fachapplikationen. +1.0 neue Stelle für die Unterstützung der Leitung CC SAP. +1.0 für den Support der Applikation ZAP der Zürcher Fachhochschulen im 2013. +2.0 neue Stellen Informatikspezialist/in für den Ausbau der Handhabung des externen Providers.

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU R 2010	BU Budget 2015	Abw.	Begründung
						+7.9 Übertragung der MitarbeiterInnen auf den 1. Januar 2015 aus der Zusammenführung der Kompetenzzentren PULS (Personalamt) und SAP in die Finanzverwaltung. Buchungszentrum (BuZ): +2.5 Stellen für die Bearbeitung der Kreditorenbelege der Zürcher Fachhochschulen im 2011. +0.4 Verschiebung im 2011 aus der Volkswirtschaftsdirektion zur Bewirtschaftung der Debitoren (AWA). +0.3 Stellen für den Versand aus der Publikationslösung Amtsblatt (kab.zh) der Staatskanzlei im Juli 2012. +0.5 Übertragung im 2013 aus der kdmz für die elektronische Verarbeitung von Lieferantenrechnungen (e-Invoicing). Stab Finanzverwaltung: -0.5 Übertrag der Aufgabe des Direktionscontrollers an das Generalsekretariat der Finanzdirektion per 1. Januar 2014. Es erfolgten keine personellen Veränderungen.
	4300	Amt für Tresorerie	4	4	0	Der tatsächliche BU des Steueramts von 677.6 Stellen in der Rechnung 2010 beruht auf dem Stellenplan gemäss RRB Nr. 491/2009 mit 707 Vollzeitstellen. Ausgehend von 707 Stellen erfolgte im Rechnungsjahr 2012 einerseits die Verschiebung von Aufgaben im Zusammenhang mit der AHV-Inspektion von der SVA Zürich in das kantonale Steueramt, wozu 6 Stellen saldonneutral geschaffen wurden. Andererseits wurden mit dem Sanierungsprogramm 2010 (San10) 2 bis Ende 2014 befristete Stellen im kantonalen Steueramt geschaffen, zwecks Erzielung von zusätzlichem Ertrag in der Quellensteuer. Im Rechnungsjahr 2013 wurde eine Stelle an das Generalsekretariat der Finanzdirektion abgegeben für die Aufgabe des Informationsverantwortlichen der Direktion. Für das Planjahr 2014 stieg der bisherige Stellenplan von 714 auf 719 Stellen durch Schaffung von fünf Stellen zwecks Erzielung von zusätzlichem Steuerertrag gemäss dem Budgetbeschluss des Kantonsrates. Weiter stieg er im Rechnungsjahr 2014 auf 720 Stellen durch Schaffung einer saldonneutralen Stelle, welche von der Schweizerischen Steuerkonferenz finanziert wird. Für das Budget 2015 schliesslich wurden die beiden Stellen aus San10 wieder aufgehoben, was zu einem Stellenplan von 718 Vollzeitstellen führt. Der Nettozuwachs im Stellenplan zwischen 2010 und 2015 beträgt somit elf Vollzeitstellen, wovon sieben Stellen saldonneutral sind. Aufgrund verschiedener Einflussfaktoren, wie unbezahlte Urlaube, Verzögerungen bei der Rekrutierung, Budgetrestriktionen usw., lag der Beschäftigungsumfang, also die tatsächliche Ausschöpfung des Stellenplans, mit Ausnahme des Rechnungsjahres 2012 unter dem Stellenplan gemäss Budget (Rechnungsjahr 2011: 684.9 Stellen; 2012: 727.6 Stellen; 2013 698.8 Stellen; 2014: 700.5 Stellen). Für die vollständige Erreichung der Leistungsvorgaben gemäss KEF ist die künftige Ausschöpfung des Stellenplanes gemäss KEF mit 718 Stellen notwendig. Zwischen der Rechnung 2010 und der Rechnung 2014 war das Steueramt ausserdem mit einer Steigerung der Fallzahlen in allen Bereichen konfrontiert: So stieg die Zahl der pflichtigen natürlichen Personen von 832 605 auf 875 645 (+43 040 oder 5%), die Zahl der pflichtigen juristischen Personen von 61 615 auf 70 705 (+9090 oder 15%), die Anzahl der quellensteuerpflichtigen Personen von 127 444 auf 160 955 (+33 511 oder 26%) und die Anzahl der eingegangenen Selbstanzeigen von 350 auf 1500 (+1150 oder 328%).
	4400	Steueramt	678	718	40	

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU R 2010	BU Budget 2015	Abw.	Begründung
FD	4500	Personalamt	39	41	2	2012 wurden zur Kompensation von mehreren Langzeitaussen im Bereich CC Payroll 0,5 temporäre Anstellungen eingesetzt. Im Jahr 2013 erfolgte zur Vermeidung von Risiken in mehreren Leistungsbereichen des Personalamtes eine saldoneutrale Anpassung des Stellenplans auf 43,35 Stellen. Zudem wurde der Stellenplan zur Kompensation einer Langzeitaussen temporär überschritten (43,5 Anstellungen). Im Rahmen der KEF-Planung 2015–2018 wurde der Beschäftigungsumfang im Budgetentwurf 2015 aufgrund von geplanten Projekten (Personalinformatik-Strategie, Personalmarketing und Compliance Management) mit 50,8 Stellen eingestellt. Durch die Verschiebung der Gruppe «CC PULS» vom Personalamt in die Abteilung «CC SAP» der Finanzverwaltung reduzierte sich der Beschäftigungsumfang im Nachtrag zum Budgetentwurf 2015 um 7,9 Stellen. Zusätzlich musste infolge der Saldoverbesserungsbeschlüsse des Kantonsrates auf weitere 1,65 Stellen (–1,15 Umsetzung Personalinformatik-Strategie; –0,5 Personalmarketing) verzichtet werden. 2011 und 2012 reduzierte sich der Beschäftigungsumfang infolge einer Beschäftigungsgradsenkung (im Bereich Administration und Controlling) um 0,6 Anstellungen. Im Budget 2015 sind zudem die Anstellung einer bzw. eines Informatikspezialisten-Verantwortlichen (+1,0) sowie zwei Anstellungen für die Ausschreibung von LEUnet2 (Projektleitung und abschliessende Betriebsleitung; +1,0) und für die erweiterte Betriebskoordination Netzwerkdienste (+1,0) eingestellt.
	4600	Direktionsübergreifende Informatik	8	11	2	Die Verminderung des Beschäftigungsumfanges ist auf stete betriebliche Optimierungen zurückzuführen.
	4700	Drucksachen- und Materialzentrale	50	49	–2	
	5 Volkswirtschaftsdirektion		727	716	–11	
VD	5000	Generalsekretariat	30	26	–4	Die Minderung des BU im GS ist auf die Nutzung von Synergien und damit Optimierung und Aufwertung von bestehenden Stellen zurückzuführen. Aufgrund organisatorischer Optimierung, Umschichtung von Tätigkeiten (u. a. 0,4 Stellen an FD) sowie Nutzung von Synergien wurden Abgänge nicht ersetzt bzw. mit geringeren Pensien ersetzt.
	5205	Amt für Verkehr	46	51	6	Amt nach Reorganisation Mitte 2008 im Aufbau. Verschiedene Stellen konnten deshalb erst zwischen 2010 und 2015 besetzt werden. Auch wurde die Koordinationsstelle Veloverkehr (Beschluss Kantonsrat vom 1. November 2010) mit drei Stellen neu aufgebaut.
	5300	Amt für Wirtschaft und Arbeit	651	638	–12	Die Abnahme des BU ist insbesondere auf die im April 2014 positiven Prognosen der Arbeitslosenzahlen für das Budget 2015 zurückzuführen.
6 Gesundheitsdirektion			2333	2354	21	
GD	6000	Steuerung Gesundheitsversorgung	88	100	12	+4,9 Erhöhung im Bereich Kantonale Ethikkommission (KEK) aufgrund Zunahme der Gesuche (saldoneutral), neues Bundesgesetz über die Forschung am Menschen (Humangeforschungsgesetz), das der KEK viele zusätzlichen Bewilligungs- und Prüfungsaufgaben auferlegt, sowie Übernahme der bisher am USZ und der PUK für die KEK tätigen Sekretarinnen (saldoneutral). +2 Stellen, saldoneutrale Erhöhung im Bereich Kodierrevision +5,0 Stellen, Wohnsitzzprüfung der Patientinnen und Patienten im Zusammenhang mit der Spitallfinanzierung. Diese Stellen generieren entsprechende Einsparungen in der Leistungsgruppe Nr. 6300. +1,0 Stellen, Leitung im Projekt zur Selbstständigung der Psychiatrien (befristet bis 2017) +0,25 Stellen, Aufbau der Geschäftsstelle e-Health (befristet bis 2015) –1,15 Stellen, Abbau bzw. prognostizierte Stellennichtbesetzung

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU R 2010	BU Budget 2015	Abw.	Begründung
GD	6100	Aufsicht und Bewilligung im Gesundheitswesen	113	137	24	Aufbau folgender Positionen: +5,4 Stellen, saldoneutrale Übernahme der Fleischkontrolle (Grossschlachtbetrieb) +5,0 Stellen, die nebenberuflich tätigen Tierärztinnen/Tierärzte wurden zwischen 2012 und 2014 stufenweise durch direkt beim Veterinäramt angestellte regionale Amtsleiterärztinnen/Amtsleiterärzte ersetzt. Der Wechsel ist saldoneutral. +4,0 Stellen, zusätzliche Stellen für die Tierpflege im Tierheim. Die Stellen werden durch Gebühreneinnahmen für die Unterbringung und über die Einnahme der Hundeabgabe finanziert. +2,0 Stellen, amtliche Fachassistentinnen Fleischkontrolle Primärproduktion wegen neuer Bundesvorgabe +1,0 Stellen, Fachperson im Bereich Tierversuche wegen Zunahme der Forschungsgesuche +1,0 Stellen, saldoneutrale Stelle für die Betreuung des durch Bundesvorgabe zu erweiternden Tierregisters +1,9 Stellen für die Inspektion der zusätzlichen ärztlichen Privatapotheken +4,9 Stellen, verzögerte Stellenbesetzung und Gewährung von unbezahltem Urlaub Abbau bzw. prognostizierte Stellennichtbesetzung: -0,4 Stellen, Verzicht auf das Impfprogramm gegen die Blauzungkrankheit -0,6 Stellen, Verschiebung von Helmmittelkontrolle in Kantonsapothek im Rahmen der Nachfolgeplanung des Kantonsapothekers
	6150	Arzneimittelversorgung	0	108	108	+103,0 Stellen, aufgrund des Postulats «Gesetzliche Grundlage für die Kantonsapothek» (GR-Nr. 319/2013) wurde die Bildung einer eigenen Leistungsgruppe für die Kantonsapothek (keinfür. Angesichts ihrer finanziellen Bedeutung (Aufwand 2013 rund 150 Mio. Franken) und im Sinne der Transparenz wurde die Kantonsapothek von der Leistungsgruppe Nr. 6300 in eine eigene Leistungsgruppe Nr. 6150 übergeführt. +5,0 Stellen, Einführung von Stationsapothekern am USZ (Erhöhung Qualität, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit Medikationsprozess). Die Einführung geschieht auf Antrag des USZ und wird durch eine entsprechende Abgeltung vom USZ finanziert (saldoneutral).
	6300	Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	172	0	-172	Veräusserung Zentralwäscherei Zürich (ZWZ) und Überführung Kantonsapothek in die neu gebildete Leistungsgruppe Nr. 6150.
	6400	Psychiatrische Versorgung	1960	2009	49	Aufbau folgender Positionen: +21,0 Stellen, Übernahme Personal der Regionalstellen von der Bildungsdirektion durch KJPD (saldoneutral) +15,0 Stellen, Ausbau Gutachterfähigkeit Forensik, Eröffnung Tagesklinik Winterthur +32,0 Stellen, Integration Lehrenden/Lehrer in KJPD, Ausbau Tagesklinik Winterthur, durchgehender Arztdienst (teilweise saldoneutral) +40,0 Stellen, fremdfinanzierte Forschungsstellen PUK (saldoneutral) +8,0 Stellen, Übernahme Forschungsstellen von der Bildungsdirektion durch PUK (saldoneutral) +6,0 Stellen, Ausbau neue Station Rheinau +17,0 Stellen, erforderliche Mehrstellen aufgrund stationärer und ambulanter Mehrleistungen PUK +4,0 Stellen, Reorganisation IPW +31,0 Stellen, erforderliche Mehrstellen aufgrund stationärer und ambulanter Mehrleistungen IPW Abbau bzw. prognostizierte Stellennichtbesetzung: -9,0 Stellen, Reduktion Psychiatriezentrums Rheinau infolge Einhaltung Kostendeckungsgrad in der Forensik -111,0 Stellen, Auslagerung Standortlogistik Enbrach an KZU (Krankenheimverband Zürcher Unterland), Reorganisation Psychiatrie Verband Winterthur - Zürcher Unterland, Bereinigung Stellenplan aus Fusion IPW/PZH (Psychiatriezentrum Hard). -5,0 Stellen, weiterer Abbau über alle Kliniken

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU R 2010	BU Budget 2015	Abw.	Begründung
7 Bildungsdirektion						
BI	7000	Bildungsverwaltung	323	305	-18	Aufgabenbereinigung Generalsekretariat: -3,45 durch Übertrag in Leistungsgruppe Nr. 7306, Berufsbildung, mit Verfügung der BI vom 12. November 2014. Verringerung Fachstelle für Schulbeurteilung (RRB Nr. 641/2014) Mittelschul- und Berufsbildungsamt: -2,0 (RRB Nr. 678/2011). Aufgabenbereinigung Mittelschul- und Berufsbildungsamt: -6,8 durch Übertrag in Leistungsgruppe Nr. 7306, Berufsbildung, mit Verfügung der BI vom 12. Dezember 2013.
	7100	Lehrmittelverlag	26	39	14	Verfügung der BI vom 13. September 2011: +2,0 Redaktion, +0,8 Herstellung und Administration. Verfügung der BI vom 26. Februar 2013: +4,0 Digitale Medien. Verfügung der BI vom 20. März 2014: +3,0 Abteilungschef/in, +2,9 Redaktion, +1,0 Lehrmittelberater. Die Stellenschaffungen erfolgen saldoneutral aus Mitteln, die der Lehrmittelverlag selber erwirtschaftet.
	7200	Volksschulen einschl. Vikare	8939	10 326	1387	Einführung Gestaltungspool: +31 (LPVO-Änderung vom 11. Juli 2007) Erhöhung WL für Handarbeit Mittelstufe: +86 (VSG-Änderung vom 27. August 2007). Zunahme der Schülerzahlen: +355 Verschiebung Schuleintritt: +45 (VSG-Änderung vom 16. Mai 2011). Nachstehende Änderungen sind für den Kanton kostenneutral: Kantonalisierung LP mit Kleinspensen und Fach-LP: +480 (LPG-Änderung vom 6. Februar 2012). Verschiebungen von Kommunalen auf kantonale Anstellungen: +243. Kommunale Erweiterung Schulleitung: +22 (§ 2d Abs. 2 lit. 1 LPVO). Nachstehende Änderungen sind bezüglich Personalstellen kostenneutral. Der Kanton richtet dazu aber einen Staatsbeitrag an die Gemeinden aus: Einführung Religion und Kultur Mittelstufe: +125 (VSG-Änderung vom 12. März 2007).
	7301	Mittelschulen	1805	1893	88	Für die Lehrpersonen der Mittelschulen besteht kein kantonaler Stellenplan. Die Erhöhung der Zahl der Stellen ist durch einen Anstieg der Schülerzahl um +5,2% begründet.
	7306	Berufsbildung	1491	1598	107	Für die Lehrpersonen der Berufsschulen besteht kein kantonaler Stellenplan. Die Berufsbildung ist eine Bundesaufgabe. Die Kantone sind für den Vollzug zuständig. Die Erhöhung der Zahl der Stellen ist durch einen Anstieg der Schülerzahl um 6,4% sowie durch die Kantonalisierung der Wirtschaftsschule KV Uster begründet. Ferner erfolgten saldoneutrale Verschiebungen von Stellen zwischen den Leistungsgruppen Nm. 7000 und 7306.
8 Baudirektion	7501	Jugend- und Familienhilfe	419	467	48	+35,0 Jugendhilfe (RRB Nr. 589/2013). +13,9 im Zusammenhang mit dem per 1. Januar 2012 in Kraft gesetzten Kinder- und Jugendhilfegesetz.
	7502	Berufs- und Studienberatung	116	116	1	+1,0 «Interinstitutionelle Zusammenarbeit» (RRB Nr. 517/2014).
	8000	Generalsekretariat	89	83	-6	Budget 2010 zu Rechnung 2010: Geingerer BU (1,9) aufgrund von verschiedenen Vakanzen. 2011: Reduktion (1,6 BU) aufgrund Sanierungsprogramm San'10. 2011: Verschiebung Bereich Bauen ausserhalb Bauzonen ins ARE (7,1 BU). 2012: Zusätzliche 0,4 BU für Personalbetreuung infolge Integration des Berufsbildungszen-trums Wädenswil sowie der Hauswirtschaftsschule in das ALN.

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU R 2010	BU Budget 2015	Abw.	Begründung
BD	8100	Hochbauamt	106	118	11	Budget 2010 zu Rechnung 2010: Geringerer BU (2.4) infolge verzögerter Wiederbesetzung diverser Stellen. 2011: Markante Zunahme der Projekte im Bereich Gesundheitsbauten; 2.9 BU. 2013: Doppelbesetzungen; 1.9 BU (befristet). 2013/14: Ergänzung Projektteam PJZ: 4.2 BU (befristet).
	8300	Amt für Raumentwicklung	101	123	22	Budget 2010 zu Rechnung 2010: Tieferer BU (2.7) durch verzögerte Wiederbesetzungen verschiedener Stellen sowie Reduktionen des Beschäftigungsgrades. 2011: Verschiebung Bereich Bauen ausserhalb Bauzonen vom GS (7.1 BU). 2013: Schaffung neuer Stellen (6 BU) für Raumplanung aufgrund von Grossprojekten wie Hochschulgebiet ZH-Zentrum, Agroviet, Universität Ithiel u.a. sowie der Gesamtüberprüfung des kantonalen Richtplans und dessen Umsetzung und der Umsetzung des RPG 2013: Befristete Stellen (5 BU) bis Ende 2017 für Denkmalpflege für Inventarisierung, vgl. auch KEF Erklärung Nr. 12 «Höhere Priorität Inventarisierung in der Denkmalpflege» zum KEF 2012–2015. 2013: Pensenreduktionen sowie ausgelagerte, befristete Anstellungen (2.3 BU). 2014: Befristete Projektstellen (2.8 BU) bis Ende 2019 zur Umsetzung des kantonalen Informationsgesetzes. Die Projektstellen werden durch Bundesbeiträge finanziert. 2014: Befristete Projektstelle (BU 0.6) bis 31. Dezember 2016 für die Umsetzung Innenentwicklung / Qualitätssicherung Denkmalpflege. 2014: Pensenmehrungen in verschiedenen Abteilungen.
	8400	Tiefbauamt	424	467	42	Budget 2010 zu Rechnung 2010: Tieferer BU (15.2) infolge nicht besetzter Stellen. 2013: Zusätzliche Projektstellen (2 BU) in der Abteilung Projektieren + Realisieren aufgrund Umsetzung Agglomerationsprogramm, Grossprojekte und Zunahme Mengengerüst. 2014: Zusätzliche Stellen (23 BU) für den Nationalstrassen-Unterhalt aufgrund Ausbau Leistungsauftrag vom ASTRA (seldoneutral für Kanton Zürich). 2010–2015: verschiedene kleine Stellenanpassungen (1.8 BU).
	8500	Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL)	236	235	-1	Budget 2010 zu Rechnung 2010: Tieferer BU (1.5) infolge verzögerter Wiederbesetzung verschiedener Stellen. Erhöhung Sozialstellenplan um insgesamt 1.8 BU von 2010 bis 2015. 2011: Abbau von 3.4 BU aufgrund Abschluss Projekt «Überführung der Verdachtsflächen Altlasten in den Kataster der belasteten Standorte» (Sanierungsprogramm San04). 2012: Verringerung um 3.5 BU aufgrund Abschluss Projekt «Überführung der Verdachtsflächen Altlasten in den Kataster der belasteten Standorte» (Sanierungsprogramm San04). 2013: Neue Stelle Energieberater/-in innerhalb Stellenplan (1 BU). 2014/2015: Zwei neue befristete Stellen (1 BU im 2014, 1 BU im 2015) aufgrund neuer Gewässerschutzverordnung. 2010 bis 2015: Diverse geringfügige Veränderungen (Abbau um 0.6 BU).
	8700	Immobilienamt	114	94	-21	Budget 2010 zu Rechnung 2010: Geringerer BU (1.2) aufgrund verschiedener Vakanzen Auslagerung Reinigungspersonal um 23 BU. 2012: Zusätzliche Stellen (1.6 BU) für Bewirtschaftung Klosterinsel Rheinau und Obergericht Kanton Zürich. 2013: Verzicht auf die Planung eines zweiten Projektentwicklers (1 BU). 2013/2014: Wegfall befristete Anstellungen (1 BU). 2014: 1 BU zusätzlich für Telematik. 2015: 0.8 BU für Ausschöpfung Stellenplan im Stab sowie Steuerung und Portfolio-management.

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU R 2010	BU Budget 2015	Abw.	Begründung
BD	8800	Amt für Landschaft und Natur	267	328	61	Budget 2010 zu Rechnung 2010: Geringerer BU (4.2) aufgrund von Verschiebungen von Lektionen am Strickhof und Vakanzen. 2012: Integration des Berufsbildungszentrums Wädenswil (von ZHAW) sowie der Hauswirtschaftskursen an Mittelschulen (von MBA) in den Strickhof (50.8 BU). 2013/2014: Zunahme Leistungen im Bereich der Berufsbildung (Strickhof) sowie Sicherstellung der Fruchtfolgeflächen (5.6 BU).
	Behörden					
	9000	Kantonsrat und Parlamentsdienste	13	14	1	Für die Verstärkung der Oberaufsicht durch den Kantonsrat hat die Geschäftsleitung eine 60%-Stelle geschaffen. Ebenfalls wurden für die Beseitigung chronisch struktureller Engpässe und für mehr Flexibilität der Parlamentsdienste die Stellenprozente leicht erhöht.
Behörden	9020	Finanzkontrolle	24	26	2	Gemäss Stellenplan bei Einführung des Finanzkontrollgesetzes (2001) betrug die Sollstärke der Finanzkontrolle 25.5 Stellen. Aufgrund von Vakanzen wurde der Stellenplan in einzelnen Jahren nicht voll ausgenutzt. Im Vergleichsjahr 2010 waren 24.4 Stellen besetzt. Der Sollwert wurde mit der Übernahme der Prüfung der 44 Notariate des Kantons Zürich um 0.5 Stellen erhöht (vgl. Weisung zu Vorlage 5108), sodass sich die gegenwärtigen 26 Stellen für das Budget 2015 ergeben.
	9070	Ombudsmann	4	4	0	Es erfolgten keine personellen Veränderungen.
	9071	Datenschutzbeauftragter	8	9	1	Die Abweichung beruht auf einer Ausbildungsstelle für Juristen (jeweils befristet), die im Gegensatz zur Rechnung 2010 im Budget 2015 durchgängig besetzt geplant ist.
Rechtspflege						
Rechtspflege			1439	1536	98	11.5 Stellen kamen im Zusammenhang mit der Zentralisierung des Abrechnens am OG und der Professionalisierung des Inkassos hinzu. Die Stellen im Inkasso werfen höhere Erträge ab, als sie Kosten generieren. Drei Stellen davon sind befristet und werden wieder abgebaut. Neun Stellen mussten bei der Einführung der neuen schweizerischen Prozessgesetze geschaffen werden. Dies hauptsächlich im Bereich der III. Strafkammer (neu geschaffene Beschwerdekammer mit zusätzlichen Rechtsmittelmöglichkeiten und dreimal so vielen Verfahren wie die vormalige III. Strafkammer), aber auch zur Anonymisierung von Entscheidungen, da diese bei der neuen Gesetzeslage der Öffentlichkeit zugänglich zu machen sind. 2.5 Gerichtsschreiberstellen werden befristet für die Bearbeitung von überdurchschnittlich grossen und komplexen Verfahren eingesetzt. Zwei Stellen kamen im IT-Bereich dazu. 0.5 für das neu vom OG zu führende Sekretariat der Fachkommission nach PPGV und 0.5 für das Sekretariat der Aus- und Weiterbildung. Von den 26 zusätzlichen Stellen sind demnach 5.5 befristet.
	9040	Bezirksgerichte	699	709	9	An vier grösseren Bezirksgerichten musste der BU um rund 3.5 Stellen für die Funktion Leitender/r Gerichtsschreiber/in erhöht werden, weil die Aufgaben und Verantwortungen in diesem Bereich laufend zugenommen haben. Der BU im Umfang von rund 3.5 Stellen wurde an sechs verschiedenen Bezirken gerichten im kaufm. Bereich erhöht, vor allem für den Einsatz in der Erbschaftskanzlei. Eine Stelle ist für die Unterstützung allfälliger neu ins Amt kommenden der Laienrichter/innen vorübergehend im Budget eingestellt. Eine Stelle war im Jahr 2010 nicht besetzt und floss daher nicht in die Rechnung ein.
	9060	Notariate	421	442	21	15 Stellen sind in Hinblick auf Datenerfassungsarbeiten für das elektronische Grundbuch befristet bis ins Jahr 2017 im Budget eingestellt. Zwei Stellen mussten im Informatikbereich neu geschaffen werden. Die übrigen Stellen wurden bereits ins Budget 2010 aufgenommen. Es waren Stellen auf der Stufe Notar-Stellvertreter/innen, die zum Abbau von Rückständen und zur Förderung der Grundbucheinführungsverfahren geschaffen wurden.

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU R 2010	BU Budget 2015	Abw.	Begründung
Rechtspflege	9061	Kassationsgericht	11	0	-11	Das Kassationsgericht wurde im Zuge der Einführung der schweizerischen Straf- und Zivilprozessordnungen und der deswegen erfolgten Anpassung der kantonalen Behördenorganisation abgeschafft. Es hat seine Rechtsprechungstätigkeit am 30. Juni 2012 eingestellt. Gerichtsleitung und Administration waren längstens bis zum 31. Dezember 2012 im Amt.
	9063	Verwaltungsgericht	33	36	3	Die Zunahme des BU von drei Stellen (8%) ist ausschliesslich auf die Schaffung von Stellen im juristischen Sekretariat und in der administrativen Kanzlei zurückzuführen, vorab bedingt durch die Zunahme der Geschäftslast (12%; RE 2010: 1020 Eingänge, BU 2015: 1150 Eingänge), aber auch durch die zunehmende Komplexität der Fälle und den höheren Anonymisierungsaufwand für die Publikation der Entscheide.
	9064	Sozialversicherungsgericht	64	70	6	Eine zusätzliche Richterstelle per 1. Juli 2013 (bewilligt vom Kantonsrat am 19. November 2012) sowie zusätzliche Gerichtsschreiberstellen für den Abbau der Pendenzen und damit zur Verkürzung der Verfahrensdauer.
	9065	Baurekursgericht	0	29	29	Die ehemalige Baurekurskommission der JI ist per 1. Januar 2011 als Baurekursgericht in die Rechtspflege übergeführt worden. Der BU hat sich seither nicht verändert.
	9066	Steuerrekursgericht	0	14	14	Die ehemalige Steuerrekurskommission der JI ist per 1. Januar 2011 als Steuerrekursgericht in die Rechtspflege übergeführt worden.
Selbstständige Anstalten			13 780	15 887	2 107	
Selbstständige Anstalten	9300	Zürcher Verkehrsverbund	30	36	6	Von 2002 bis 2012 hat sich die Nachfrage im öffentlichen Verkehr um rund 40% erhöht. Auch für die Folgejahre bis 2019 wird mit einem Nachfragewachstum von rund 20% pro Jahr gerechnet. Entsprechend dem Nachfragewachstum enthält die vom Kantonsrat regelmässig festgelegte Unternehmensstrategie u.a. Grossprojekte wie die 4. Teilergänzung der S-Bahn, die Durchmesserrinne, die Limmatalbahn, verschiedene Tramprojekte, aber auch Anpassungen bei den Vertriebskanälen, der Fahrgastinformation, der Sicherheit und der Behindertengerechtigkeit usw. Zur Bewältigung dieser Aufgaben wurde der Personalbedarf 2012 und 2014 um je zwei Stellen erhöht. Zusätzlich wurde eine Stelle zur Einnahmensicherung geschaffen, die saldoneutral ist.
	9510	Universitätsspital Zürich	5045	5592	547	Im Zeitraum von 2010 bis 2014 nahm der Personalbestand des USZ um rund 10,8% zu. Im gleichen Zeitraum konnte der Ertrag um 18% gesteigert werden. Die Zunahme des Personalbestands ist deshalb grösstenteils mit dem Angebotsausbau und Wachstum des USZ erklärbar. Das USZ hat sich im Zeitraum von 2010 bis 2014 im wachsenden Gesundheitsmarkt u.a. durch die Eröffnung neuer Leistungszentren und die Realisierung verschiedener Projekte erfolgreich positionieren können. Dazu zählen z. B. die Eröffnung des Herzzentrums und der Stroke Unit sowie die Erweiterung der Neonatologie und die Einführung der Palliative Care. Zusätzlich mussten Stellen wegen neuer regulatorischen Bestimmungen (etwa im Bereich Humanforschung) sowie aus arbeitsgesetzlichen Massnahmen (Höchstarbeitszeit) geschaffen werden. Der Anstieg des Personalbestands verteilt sich über alle Berufsgruppen.
	9520	Kantonsspital Winterthur	1718	2030	312	Die neue Spitalfinanzierung führt dazu, dass das Kantonsspital Winterthur wie eine «normale» Firma nach unternehmerischen Aspekten beurteilt wird und entsprechend zu führen ist. Die Entwicklung erfolgt aufgrund des wachsenden Marktes und zusätzlich erarbeiteter Marktanteile des Kantonsspitals Winterthur. In einer wachsenden Dienstleistungsunternehmung mit einem grossen Anteil von direkter 1:1-Betreuung zwischen «Lieferant» und «Kunde» ist es unabdingbar, dass auch die Mittel entsprechend wachsen, um die Dienstleistungsanfragen bearbeiten zu können.

Zu einem kleineren Teil (etwa 10%–20%) sind die äusserst restriktiven Vorgaben des Arbeitsamtes in Bezug auf die Umsetzung des Arbeitsgesetzes verantwortlich für den Stellenwachstum. Das Arbeitsgesetz ist klar nicht auf Spitalbedingungen, insbesondere nicht auf Assistenz- und Oberarzbedingungen, abgestimmt.

Direktion	LG-Nr.	Leistungsgruppe Bezeichnung	BU R 2010	BU Budget 2015	Abw.	Begründung
Selbständige Anstalten	9600	Universität Zürich	4064	4553	490	Die Personalentwicklung ist zu einem grossen Teil im Rahmen der allgemeinen Entwicklung der Universität zu sehen: steigende Studierendenzahlen, Verbesserung der Betreuungsverhältnisse, Schaffung neuer Lehrstühle mit personellem Unterbau, Erhöhung der Aufnahmekapazität Humanmedizin.
	9690	Zentralbibliothek	164	169	5	Der Stellenanstieg ist zurückzuführen auf eine 2013 durchgeführte Bereinigung des Stellenplans, mit der unter anderem auch Aushilfsverträge («Ketten-Arbeitsverträge») in Stellenplanstellen umgewandelt wurden. Die Bereinigung wurde ohne Erhöhung des Personalbudgets kostenneutral realisiert. Ferner wurde bedingt durch die Einführung der Sonntagsöffnungszeiten im Jahr 2015 der Stellenumfang leicht ausgebaut.
	9710	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften	1613	2297	684	Die steigenden Studierendenzahlen (Zunahme um 17.5% während fünf Jahren), bedingt durch eine allgemein hohe Nachfrage für die Ausbildungsangebote der ZHAW und den Aufbau der Masterstudiengänge mit der zugehörigen Forschungskompetenz, erfordern einen angemessenen Ausbau des Lehr- und Forschungspersonals. Die Betreuungsverhältnisse haben sich über die fünf Jahre insgesamt nicht wesentlich verändert.
	9720	Zürcher Hochschule der Künste	644	655	11	Bedingt durch den Aufbau der Masterstudiengänge und der Einführung eines neuen Bachelorstudiengangs haben sich die Studierendenzahlen leicht erhöht. Der Beschäftigungsumfang erhöhte sich entsprechend.
	9740	Pädagogische Hochschule Zürich	504	555	51	Bedingt durch eine steigende Nachfrage nach den regulären Studiengängen und die Einführung der Studiengänge für Quereinsteigende (seit 2011) ist die Studierendenzahl an der PHZH deutlich angestiegen. Dieses Wachstum konnte mit einem im Verhältnis zum Studierendenwachstum bescheidenen Personalausbau umgesetzt werden.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Direktionen und die Staatskanzlei, die Verwaltungskommission der obersten kantonalen Gerichte (c/o Obergericht des Kantons Zürich, Postfach 2401, 8021 Zürich), den Datenschutzbeauftragten, das Universitätsspital, das Kantonsspital Winterthur, die Universität, Rektorat, Künstlergasse 15, 8001 Zürich, die Zürcher Fachhochschulen, 8090 Zürich, den kantonalen Ombudsmann, die Parlamentsdienste des Kantonsrates und die Finanzkontrolle.

Vor dem Regierungsrat
Der Staatsschreiber:
Husi